

# Die EU und die NATO

Hans-Georg Ehrhart

Die Beziehungen zwischen der EU und der NATO wurden auf der interinstitutionellen Ebene formal weiterhin durch den türkisch-zypriotischen Konflikt blockiert. Das fehlende Sicherheitsabkommen mit Zypern zwingt die EU und das Bündnis dazu, informelle Treffen unter Beteiligung Zyperns abzuhalten. Parallel setzten beide Organisationen ihre internen Reformprozesse fort und kooperierten auf der operativen Ebene in Krisengebieten wie Afghanistan, auf dem Balkan oder bei der Einhegung der Piraterie im Indischen Ozean. Insgesamt stellten sich alte (z.B. Lastenteilung) und neue Probleme (z.B. Umgang mit Cybersicherheit). Insbesondere der gewaltsame Konflikt in der Ukraine stellte EU und NATO vor neue Herausforderungen.

## Institutionelle Herausforderungen und konzeptionelle Entwicklungen

Während offiziell seit Jahren davon die Rede ist, dass beide Organisationen angesichts gemeinsamer Werte und Interessen eine strategische Partnerschaft pflegen, ist die Umsetzung dieses Anspruchs in die Realität weiterhin schwierig. Sowohl das neue strategische Konzept der NATO von 2010 als auch das Kommuniqué der Staats- und Regierungschefs der EU vom Dezember 2013 betonen die Komplementarität von Gemeinsamer Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) mit der NATO „im vereinbarten Rahmen der strategischen Partnerschaft zwischen der EU und der NATO und unter Achtung der jeweiligen Entscheidungsautonomie und Verfahren weiter(zu)entwickeln.“<sup>1</sup> Die Verbesserung der erforderlichen Mittel und der Aufrechterhaltung eines ausreichenden Investitionsniveaus wurden einmal mehr beschworen. Während die Mitgliedsstaaten auf dem NATO-Gipfel von Chicago noch ein neues Zeitalter der Zusammenarbeit ausgerufen hatten, erwies sich die Umsetzung der vorgegebenen Ziele – insbesondere eine bessere Lastenteilung und eine effektivere Koordinierung der Rüstungsprojekte – als ebenso schwierig wie der proklamierte Ansatz des Pooling and Sharing von Kapazitäten der Mitgliedstaaten.<sup>2</sup>

Vor diesem Hintergrund richteten sich hohe Erwartungen an den sogenannten Verteidigungsgipfel der EU, der Ende 2013 in Brüssel stattfand. Zum ersten Mal seit 2008 war Verteidigung wieder ein Thema auf höchster politischer Ebene. Die hoch gesteckten Erwartungen wurden jedoch angesichts divergierender Prioritäten der wesentlichen Akteure und einer auch nach zehn Jahren Operationspraxis weiterhin nur sehr schwach ausgeprägten gemeinsamen strategischen Kultur eher enttäuscht. Die in Brüssel beschlossenen prioritären Maßnahmen konzentrieren sich auf die „Erhöhung der Wirksamkeit, öffentlichen Wahrnehmung und Wirkung der GSVP, Intensivierung der Fähigkeitenentwicklung und Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie.“<sup>3</sup> Die Umsetzung der Maßnahmen soll Mitte 2015 auf dem nächsten Verteidigungsgipfel überprüft werden.

---

1 Europäischer Rat: Tagung 19./20.12.2013. Schlussfolgerungen, Brüssel 20. Dezember 2013, S. 2.

2 Matthias Gebauer et al.: NATO Reforms Moving at ‚Snail’s Pace‘, in: Spiegel Online, 5.2.2013.

3 Europäischer Rat: Tagung 19./20.12.2013. Schlussfolgerungen, Brüssel 20. Dezember 2013, S. 2.

Von großer Bedeutung wird die Frage sein, ob es gelingt, die Fähigkeitslücken zu schließen. Als Beispiele für eine bessere Zusammenarbeit zwischen EU und NATO im Bereich der militärischen Fähigkeiten gelten Dronen, Luftbetankung, Satellitenkommunikation und Cybersicherheit.<sup>4</sup> Darüber hinaus hatte Deutschland das Konzept für „Rahmennationen“ vorgeschlagen, das vorsieht, dass sich unter Führung eines größeren NATO-Staats mehrere Länder zusammenschließen, um gemeinsam bestimmte Fähigkeiten bereitzustellen oder zu entwickeln. So könnten auch die Lasten zwischen den USA, die den weitaus größten Teil der Verteidigungslasten tragen und den anderen Bündnispartnern fairer verteilt werden. Letztlich geht es darum, den Verteidigungsplanungsprozess der NATO und den Prozess der Fähigkeitsentwicklung der EU zu koordinieren. Trotz des französischen Widerstands nahm die NATO, das Konzept schließlich auf der Herbsttagung 2014 an.<sup>5</sup>

Am Rande des EU-Verteidigungsgipfels brachte der britische Premierminister David Cameron – wohl aus innenpolitischen Gründen – ein Thema zur Sprache, das die Staats- und Regierungschefs sonst eher meiden: Er warnte vor dem Bestreben eine europäische Verteidigung aufzubauen. Die NATO sei die Grundlage der euro-atlantischen Verteidigung. Er wettete in diesem Zusammenhang gegen einen Bericht der Europäischen Kommission, der darüber räsoniert, welche zivil-militärischen Fähigkeiten die Union direkt anschaffen könne.<sup>6</sup> Es blieb Präsident François Hollande überlassen zu erklären, dass dieses Statement nicht ganz richtig sei, denn „nobody envisages the creation of a European army.“<sup>7</sup> Gleichwohl ist das Thema zumindest in Deutschland auf der Agenda. Sowohl CDU und SPD sprachen sich im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament für eine europäische Armee aus. Sie vermieden es jedoch diese Idee zu konkretisieren.

### Operative Aktivitäten

Die parallel geführten Missionen von EU und NATO in Afghanistan wurden fortgesetzt. Während sich die NATO weiterhin im Bereich der militärischen Sicherheit und des Polizeiaufbaus für Aufstandsbekämpfung engagierte, konzentrierte sich die EU im Rahmen von EUPOL Afghanistan auf die Reform des Innenministeriums, die Professionalisierung der Afghanischen Nationalpolizei im Sinne des zivilen „community policing“ und die Verbindung von Polizei- und Justizreform.<sup>8</sup> 2014 stand die letztmalige Verlängerung dieses Einsatzes an. Diese Terminierung wurde notwendig durch die amerikanische Entscheidung, das verbliebene militärische Engagement in Afghanistan zwei Jahre nach dem für Ende 2014 vorgesehenen Abzug aller Kampftruppen ebenfalls zu beenden. Damit wurde die von der EU für die Zeit nach 2014 in Aussicht gestellte langfristige strategische Planung und Programmierung für einen umfassenden Ansatz zwar nicht obsolet, so doch vor neue Fakten gestellt.<sup>9</sup>

---

4 Vgl. ISIS Europe: Parliamentary Update No. 57, SEDE Subcommittee, 12. Februar 2014, S. 1.

5 Vgl. Deutsche Welle: NATO will Aufgaben teilen, <http://www.dw.de/nato-will-aufgaben-teilen/a-17177667>

6 Bruno Waterfield: David Cameron fights off EU army plan, in: Telegraph, 19. Dezember 2013. European Commission, Towards a more competitive and efficient defence and security sector, COM(2013) 542 final, Brussels, 24.7.2013, S. 12.

7 Zitiert in: Andrew Rettman: France, Germany and U.K. show discord on EU defence, in: EUobserver, 20. Dezember 2013, <http://euobserver.com/defence/122570>.

8 Vgl. European External Action Service: EU Police Mission in Afghanistan – EUPOL Afghanistan, <http://www.eupol-afg.eu>.

9 Vgl. Nigel Chamberlain: EU and NATO agree to work together in Afghanistan post-2014, NATO Watch, 27.6.2013.

Die sicherheits- und integrationspolitischen Aktivitäten in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo wurden ebenfalls fortgesetzt. Nach schweren Unruhen im Frühjahr 2014 beschloss die EU, Bosnien-Herzegowina bei der Erarbeitung eines wirtschaftlichen Reformprogramms stärker zu unterstützen. Zudem sollen die rechtsstaatlichen Strukturen ebenso reformiert werden wie das Wahlrecht. Die EU setzte ihre einzige militärische Operation im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP), die nach dem Berlin-Plus-Abkommen mit Unterstützung der NATO durchgeführt wird, fort. Die Aufgaben bestehen in der Gewährleistung eines sicheren Umfelds, Ausbildung für die bosnische Armee und Unterstützung beim Minenräumen.<sup>10</sup> Im Kosovo ergänzten sich die Aktivitäten von EU und NATO. Während die EU im Mai 2014 die Verhandlungen über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen abschließen und den Normalisierungsprozess zwischen Kosovo und Serbien durch die Implementierung des 2013 zwischen beiden Staaten abgeschlossenen Normalisierungsabkommens voranbringen konnte, wurde die zivile GSVP-Mission EULEX 2014 um weitere zwei Jahre verlängert. Die von der NATO geführte KFOR trug mit rund 5.000 Einsatzkräften zur Gewährleistung eines sicheren Umfelds bei, wobei sie die Verantwortung für den Schutz von Religionsstätten und Kulturgütern schrittweise auf die Polizei des Kosovo zu übertragen begonnen hat. Anschläge mit Handgranaten in Mitrovica führten am 8. März 2014 zu einer gemeinsamen Operation von EULEX und KFOR,<sup>11</sup> die auf der Basis überarbeiteter Operationsverfahren durchgeführt wurde.<sup>12</sup>

Im Bereich der maritimen Sicherheit setzten EU und NATO ihre Operationen zur Eindämmung der Piraterie vor dem Horn von Afrika bzw. im Indischen Ozean fort. Sowohl Operation Ocean Shield als auch EUNAVFOR Atalanta wurden bis 2016 verlängert. Sie koordinieren ihre Aktivitäten zusammen mit den USA vor allem im Rahmen der Kontaktgruppe zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias, deren Vorsitz die EU im Jahre 2014 von den USA übernahm.<sup>13</sup> Die EU ist darüber hinaus mit der von den USA unterstützten Trainingsmission EUTM Somalia in Somalia sowie mit einer zivilen Mission zur Verbesserung der maritimen Kapazitäten in Ostafrika engagiert. Dabei verfolgt sie einen umfassenden Ansatz, der Sicherheit und Entwicklung als Einheit sieht.<sup>14</sup> Dass maritime Sicherheit im Zeitalter der Globalisierung ein wichtiges Thema auch für die EU geworden ist, zeigte die Verabschiedung einer maritimen Sicherheitsstrategie am 24. Juni 2014.<sup>15</sup> Darin wird die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und der NATO betont. Sie könnte dazu beitragen die Arbeitsteilung auf den Weltmeeren zu erleichtern und Überschneidungen bei den Fähigkeiten zu vermeiden.<sup>16</sup>

### **Ukrainekonflikt als „game changer“?**

Die russische Politik gegenüber der Ukraine, die ihren vorläufigen Höhepunkt in der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim fand, stellte NATO und EU vor große Herausfor-

10 Vgl. European External Action Service: EU Military Operation in Bosnia and Herzegovina Operation EUFOR ALTHEA, 14 April 2014.

11 European Commission: Kosovo 2013 Progress Report, Brüssel, 16.10.2013, S. 3 und 6.

12 EULEX Kosovo: EULEX and KFOR signed joint operational procedure, unter: <http://www.eulex-kosovo.eu/en/news/000443.php>.

13 Vgl. European External Action Service: Joint Statement EU US Summit, Brüssel 26.3.2014, 14032602.

14 Vgl. Hans-Georg Ehrhart/Hein Dieter Jopp/Roland Kaestner/Kerstin Petretto: Piraterie als Herausforderung. Europäische Antworten, globale Perspektiven, Baden-Baden 2013.

15 Council of the European Union: European Union Maritime Strategy, 11205/14.

16 Vgl. Mark Harder/Michael Paul: Perspektiven maritimer Sicherheit, SWP-Aktuell 20, April 2014.

derungen. Wie sollten beide auf diese neue Form des russischen Vorgehens, die man als indirekte oder unkonventionelle Kriegführung bezeichnen kann, reagieren? Wie sollte der Bürgerkrieg in der Ostukraine befriedet bzw. eine Eskalation der Lage verhindert werden? Welche strategischen Schlüsse sind aus dieser Entwicklung zu ziehen? In der Verurteilung des russischen Vorgehens bestand Konsens, aber was die konkreten Reaktionen angeht, gingen die Positionen und Meinungen quer durch NATO und EU auseinander.

Erforderte die Politik Moskaus für die einen eine grundlegende Neubewertung des bilateralen Verhältnisses und seiner Absichten, beschworen die anderen die Notwendigkeit der Krisendiplomatie und einer moderaten Reaktion. In der NATO bekamen jene Aufwind, die bereits seit langem über die unzureichenden Verteidigungsausgaben geklagt hatten, sowie jene, die für eine stärkere Konzentration auf den Kernauftrag der NATO plädieren. Die mittelosteuropäischen Staaten fühlten sich in einem weitaus höheren Maße von Russland bedroht als die weiter westlich gelegenen Staaten. Während man in der NATO diskutierte, ob Russland künftig als „Gegner“ oder gar wieder als „Feind“ einzustufen sei bzw. ob es sich um einen Gezeitenwechsel oder um ein schweres Gewitter handele, bemühten sich insbesondere die EU und Deutschland darum, die Krise diplomatisch einzuhegen.<sup>17</sup> Das hinderte sie nicht daran, Sanktionen gegen Russland zu verhängen und weitergehende Wirtschaftssanktionen anzudrohen, falls es nicht zur Deeskalation der Lage beiträgt. Faktisch stoppten mehrere EU-Mitglieder – etwa Deutschland, Großbritannien und Schweden – ihre Rüstungskooperation mit Moskau.<sup>18</sup> Frankreich befand sich wiederum in der unangenehmen Lage, ein 1,2 Mrd. Euro Rüstungsgeschäft mit Moskau zu verschieben.<sup>19</sup>

Nach dem bevorstehenden Ende des militärischen Engagements in Afghanistan scheint nun wieder eine stärkere Fokussierung auf die Bündnisverteidigung bevorzustehen. Ein NATO-General brachte es auf den Punkt: „Ukraine made us reinforce our core mission“.<sup>20</sup> Erste Schritte in diese Richtung waren die Verstärkung der Luftraumüberwachung im Osten, Hilfe für den Aufbau der militärischen Infrastruktur und das Abhalten eines Artikel 5-Manövers in Polen und den baltischen Staaten, das erste Manöver dieser Art seit über zehn Jahren. Der Forderung nach der Stationierung von zwei schweren Kampfbrigaden seitens Warschaus entsprach die NATO aber nicht. Allerdings beschloss sie die Aufstellung einer „Very High Readiness Joint Task Force“.<sup>21</sup>

Zudem kochte durch die Krise, sowohl in der NATO als auch in der EU, die Frage der engeren Anbindung der östlichen Staaten bzw. der Erweiterung beider Organisationen wieder hoch. NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen bekräftigte die Absicht der NATO, die Erweiterungspolitik fortzusetzen und erwähnte neben den Balkanstaaten auch Georgien, das bei seinem Streben nach Mitgliedschaft unterstützt werde.<sup>22</sup> Eine Bündnismitgliedschaft der Ukraine schätzen sowohl die ukrainische Führung als auch die NATO und die USA als kurzfristig nicht aktuell ein. Die langfristige Option bleibt aber – zum Leidwesen Russlands – bestehen.

---

17 Vgl. Steven Erlanger: At front line, NATO finds ambivalence over Ukraine, in: International New York Times, 23.4.2014, S. 1 und 5.

18 Vgl. Andrew Rettman: Several EU states impose arms ban on Russia, EUObserver 7.7.2014.

19 Vgl. Michael R. Gordon/Brian Knowlton: US protests timing of French deal with Russia, in: International New York Times, 14.5.2014, S. 1.

20 Zit. in: Erlanger: At front line, NATO finds ambivalence over Ukraine, 2014, S. 1.

21 Majid Sattar: Ein dehnbare Format, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.4.2014, S. 2.

22 NATO: Wales Summit Declaration, 5.9.2014, Punkt 8.

Die von Moskau ebenfalls kritisch beäugte Erweiterungspolitik der EU und ihre Politik der östlichen Partnerschaft wurden fortgesetzt und intensiviert. So bemühte sich Kommissionspräsident Manuel Barroso einerseits um Vermittlung zwischen Kiew und Moskau. Gleichzeitig erhöhte die EU die finanziellen Unterstützungsleistungen für die de facto bankrotte Ukraine massiv. Zudem startete sie eine zivile GSVF-Mission, um die Reform der Sicherheitssektoren (Polizei und Nationalgarde) zu unterstützen. Die Reform des Militärs obliegt der NATO. Andererseits unterzeichneten Ende Juni 2014 Georgien, Moldau und die Ukraine ein Assoziierungsabkommen mit Brüssel, worauf Moskau mit wirtschaftlichen Gegenmaßnahmen reagierte.<sup>23</sup> Die Kommission interpretierte dieses Abkommen als Wendepunkt in den internationalen Beziehungen, weil es die Ukraine rechtlich an die EU binde und das Land damit außerhalb der Eurasischen Union bleibe.<sup>24</sup>

### Ausblick

Ob der Ukraine Konflikt zum „game changer“ der Politik von EU und NATO wird, ist noch nicht absehbar. Unbestreitbar hat er die Jahrzehnte alten Grundlagen der europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung erschüttert. Nach der verdeckten Intervention Russlands und der Annexion der Krim folgte ein Bürgerkrieg im Osten des Landes der von Russland unterstützt wird. Es stellt sich also die dringende Frage, wie die künftige Friedens- und Sicherheitsarchitektur beschaffen sein soll bzw. kann. Und vor allem: Welche Rolle soll Russland zukommen und welche will es übernehmen? Bislang galt die Erkenntnis, dass europäische Sicherheit ohne Russland nicht zu haben ist. Moskau hat wiederum den Eindruck, dass der Westen seine Sicherheitsinteressen, wenn überhaupt, nur rhetorisch anerkannt hat, faktisch hingegen seine eigenen Interessen zu Lasten der russischen höher bewertet. Die befürchtete Hinwendung Kiews zum Westen und die damit absehbare Mitgliedschaft in der EU und der NATO hätte aus dieser Sicht Russland in eine geostrategisch so prekäre Lage manövriert, dass entschiedenes Handeln notwendig erschien.<sup>25</sup> Der Westen ist sich mit seiner Politik der Normübertragung durch Demokratieförderung und Wirtschaftsreform einerseits und zunehmender Sicherheitskooperation andererseits keiner Schuld bewusst und reagiert mit verstärkter Unterstützung für die zwischen der EU und Russland liegenden Länder. So lange aber beide Seiten die jeweils andere als nicht kooperativ oder gar aggressiv wahrnimmt, ist eine Stabilisierung der Lage nur schwer möglich.

Der erste Schritt in die richtige Richtung wäre die Aufnahme von Verhandlungen über einen Gewaltverzicht und die Durchführung von sicherheits- und vertrauensbildenden Maßnahmen. Der institutionelle Rahmen dafür steht mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) bereits zur Verfügung. Diese Wiener Organisation hat gleich mehrere Vorteile: Russland und die USA sind in ihr gleichberechtigt vertreten, die EU unterstützt sie seit Jahren und hat mit 28 Mitgliedern eine vergleichbar starke Position, die OSZE verfügt über entsprechende Instrumentarien und Verfahren und sie ist bereits mit Zustimmung Russlands in der Ukraine als Beobachter und Unterstützer der Krisenbewältigung aktiv.<sup>26</sup> So könnten im Rahmen des OSZE-Forums für Sicherheitskooperation Gesprä-

23 Russland blockt Produkte aus Moldau und der Ukraine, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.7.2014, S. 18.

24 Vgl. Andrew Rettman: Barroso agrees new Russia talks, as warfare escalates, in: EUobserver, 14.6.2014.

25 President of Russia: Conference of Russian diplomats and permanent representatives, 1. Juli 2014, <http://eng.kremlin.ru/news/22586>.

26 Vgl. OSCE: Daily updates from the special monitoring mission to Ukraine, <http://www.osce.org/ukraine-smm/daily-updates>.

che über die Verminderung von Konfliktrisiken durch sogenannte „non-linear“ forms of aggression“ geführt werden, also von indirekter Kriegführung durch die Kombination von (Des-)Informationsoperationen, verdecktem Einsatz von Spezialkräften, Unterstützung von Partisanen bzw. Sezessionisten, Cyberattacken, Mobilisation lokaler Bevölkerungsgruppen, wirtschaftlichem Druck, Waffenlieferungen und militärischen Drohgebärden. Da der Westen in Libyen und in Syrien ebenfalls diese indirekte Interventionsform praktizierte, läge es nahe, sich mit Russland über ein entsprechendes „rüstungskontrollpolitisches“ Regelwerk zu verständigen. Bislang sieht es aber so aus, dass eher über die Zusammenarbeit von EU und NATO bei der Abwehr dieser Konfliktform nachgedacht wird.<sup>27</sup>

Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob die NATO ihre Rolle als globaler Sicherheitslieferant nach ihrem Einsatz in Afghanistan angesichts finanzieller Engpässe und allgemeiner Interventionsmüdigkeit aufrechterhalten kann oder sich wieder auf ihre Kernaufgabe der Bündnisverteidigung in Europa konzentriert. Die zuletzt genannte Möglichkeit hätte Auswirkungen auf die EU und die Zukunft der GSVP. Einerseits müssten die EU-Staaten mehr für die klassische Verteidigung tun, andererseits müssten sie mehr ins Krisenmanagement an ihren Rändern investieren. Was läge da näher als der Aufbau einer europäischen Armee?

So verlockend diese Vision aus integrationspolitischer Sicht klingt, so sprechen doch einige Argumente dagegen: Erstens liegt die verfassungsrechtliche Hürde in Deutschland extrem hoch. Zweitens haben die deutschen Volksparteien das Ziel der „Vereinigten Staaten von Europa“ aus ihrem Programm gestrichen. Zudem legt das Fehlen einer konzeptionellen Debatte über die Folgen einer Europaarmee etwa für die NATO die Annahme nahe, dass es sich doch eher um parteipolitische Deklaratorik denn um eine ernst gemeinte Vision handelt. Drittens fehlt auch in den anderen EU-Mitgliedsstaaten der politische Wille dazu, sei es weil sie die NATO nicht in Frage stellen wollen, verfassungsrechtliche Gründe dagegen sprechen oder der nationale Handlungsspielraum nicht eingeschränkt werden soll. Viertens erlaubt die noch zu unterschiedliche sicherheitspolitische Kultur diesen Integrationsprung nicht. Erwähnt seien nur die unterschiedliche Interventionsbereitschaft und die besondere Rolle der europäischen Nuklearmächte. Fünftens sind die korporativen Widerstände in den Mitgliedsländern zu groß. Selbst nach der deutschen Reichsgründung 1870/71 dauerte es fast ein halbes Jahrhundert, bis es eine integrierte deutsche Armee gab. Sechstens sprechen normative Erwägungen gegen eine integrierte Europäische Armee: Sie würde das Sicherheitsdilemma verstärken, die Vermittlerrolle der EU schwächen und den hohen Standard demokratischer Kontrolle der Streitkräfte untergraben. Statt eine Chimäre zu beschwören sollten pragmatische Ansätze innerhalb der EU und mit der NATO gewählt werden.<sup>28</sup>

### Weiterführende Literatur

Council of the European Union: European Union Maritime Strategy, 24 June 2014, 11205/14.

Hans-Georg Ehrhart: Europäische Armee: eher Chimäre als Vision!, in: Friedensgutachten 2014, Berlin 2014, S. 87-99.

Hans-Georg Ehrhart/Hein Dieter Jopp/Roland Kaestner/Kerstin Petretto: Piraterie als Herausforderung. Europäische Antworten, globale Perspektiven, Baden-Baden 2013.

Mark Harder/Michael Paul: Perspektiven maritimer Sicherheit, SWP-Aktuell 20, April 2014.

Paul Vallet: Plädoyer für europäische Verteidigungskräfte, in: Friedensgutachten 2014, Berlin 2014, S. 72-86.

---

27 Vgl. Collective Defence and Common Security. Twin Pillars of the Atlantic Alliance. Group of Policy Experts report to the NATO Secretary General, June 2014.

28 Vgl. Ehrhart, Europäische Armee: eher Chimäre als Vision!, 2014, S. 91-99.